Nr. 301 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 10. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Tabellen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. **Einzelnummer 30 Pf.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13635, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060
Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Die Beamtenforderungen

Die Regierung vor einer Krise?

+ **Berlin**, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die durch die Forderungen der deutschen Beamtenschaft geschaffene Lage und der Umstand, daß diesen Forderungen durch Streikdrohung Nachdruck verliehen wurde, hat zu einer für die Regierung kritischen Situation geführt. Die Möglichkeit, daß die Sozialdemokraten, die bisher der Regierung eine wohlwollende Neutralität bekundet haben, den Antrag der Deutschnationalen unterstützen könnten, würde unter Umständen zur Bildung einer taktischen Majorität führen, über die das Kabinett zu Fall kommen muß. Der Reichsfinanzminister Wirth soll fest entschlossen sein, in keinem Punkte über die im Haushaltausschuß gemachten Zugeständnisse hinauszugehen. Demgegenüber steht die Tatsache, daß von den Parteien bzw. plötzlich aufgetauchten Parteigruppierungen Anträge eingereicht worden sind, die weit über diese Zugeständnisse hinausgehen. So fordern die Deutschnationalen außer einem 10prozentigen Teuerungszuschlag noch 80 Proz. Kinderbeihilfe für die Ortsklasse A, 70 Proz. für die Ortsklasse B und 60 Proz. für die Ortsklasse C. Wenn die Deutschnationalen diesen im Hauptausschuß abgelehnten Antrag am Freitag dem Plenum unterbreiten, kann er eventuell zum Beschluß erhoben werden.

Außer diesem von der rechten Oppositionspartei gestellten Antrag haben noch die Regierungsparteien Zentrum und Demokraten einen Antrag gestellt, der auch von der Deutschen Volkspartei unterstützt werden wird, in dem es heißt, daß die Beamten derjenigen Orte, die nach der Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses in eine höhere Stufe aufrücken, alle Zuschläge rückwirkend vom 1. April 1920 erhalten sollen. Wenn dieser Antrag Gesetz werden sollte, dann werden zur Flüssigmachung der neuen Zulagen und Zuschüsse beträchtliche Geldmengen erforderlich sein, für die eine Deckung fehlt. Auch Anträge, wie diese Mehrausgaben hereingebracht werden könnten, sind bisher nicht gestellt worden.

Die Regierungsparteien haben nun ein Kompromiß erwogen, demzufolge der Teuerungszuschlag im allgemeinen gewährt werden soll, die Kinderbeihilfe und die sich aus der Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses ergebenden Differenzen aber teils gekürzt, teils in Wegfall kommen sollen. Aber auch damit ist der Finanzminister Wirth nicht einverstanden, und das Kabinett hat erklärt, daß es an den einmal gefaßten Beschlüssen unter allen Umständen festhalten will. Ob es indes zu einem Rücktritt der Gesamtregierung kommt, scheint im Augenblick zum mindesten fraglich. Aber auch in allerbestimmtester Form verlautet, daß der Reichskanzler Fehrenbach gewillt sei, aus einem Sturz des Reichsfinanzministers die Konsequenzen zu ziehen und gleichfalls von seinem Amt zurückzutreten. Wie die Dinge also heute stehen, muß mit der Möglichkeit einer Teilkrise gerechnet werden.

Die Aussichten für einen Beamtenstreik werden verschieden beurteilt. Der Hauptvorstand der [illegible] Beamtenschaft warnt in einer Erklärung [illegible] Streik. Der Reichsverband deutscher Post[illegible] [illegible] das Streikverbot der Regierung in [illegible] Stellung und nennt es einen Eingriff in [illegible] Verfassung gewährte Koalitionsfreiheit. [illegible] ununterbrochen Verhandlungen gepflogen [illegible] ist zu hoffen, daß sich eine Beilegung der [illegible] noch als möglich erweist.

*

Die Besprechungen der Parteien

zg. **Berlin**, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) **Noch gestern abend haben Besprechungen der Parteivorstände stattgefunden, um die Gegensätze in der Frage der Beamtenforderungen und -zulagen auszugleichen. Die Mehrheitssozialisten wollen heute früh die Besprechungen fortsetzen. Schon gestern abend erklärten sich fast alle Führer gegen die ihnen untergeschobene Absicht, die Regierungsmehrheit in den Antrag für die Teuerungszulagen zu zwingen und das Kabinett Fehrenbach zu Fall zu bringen. Voraussichtlich wird die parlamentarische Situation bei Beginn der heutigen Sitzung des Reichstages geklärt sein.**

*

Die Streikbewegung

zg. **Berlin**, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Beamtenstreikbewegung hat auch auf die Ministerien übergegriffen. Die Beamten an den Ministerien des Reiches und Preußens haben gleichfalls Forderungen gestellt, wie sie vom deutschen Beamtenbund erhoben worden sind.

*

Ein Kompromiß?

* **Berlin**, 9. Dezember. Die „Voss. Ztg." weiß dazu noch zu melden: Bei der Beratung zwischen der Regierung und den Parteiführern ist eine Einigung erzielt worden, die auf eine Erhöhung der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Zuschläge um je 25 Proz., also auf 150 Proz., für Ortsklasse A, auf 125 Proz. für Ortsklasse B und 100 Proz. für Ortsklasse C hinausläuft. Durch diese Erhöhung erwächst dem Reiche eine Mehrbelastung um etwa 500 Millionen Mark, während die Erhöhung der allgemeinen Teuerungszulage um 10 Proz. 600 Millionen Mark gefordert hätte. Diese 600 Millionen Mark ohne Deckung zu bewilligen, hält insbesondere der Reichsfinanzminister bei der finanziellen Lage des Reiches für ausgeschlossen. Trotzdem ist eine Ueberraschung im Plenum des Reichstages nicht ausgeschlossen, und es ist durchaus möglich, daß sich eine Mehrheit für weitergehende Bewilligungen finden wird.

Die Zwiste im Völkerbund

Der Berichterstatter der zweiten Kommission Hanotaux berichtete in der Mittwoch-Vollversammlung über die Frage der technischen Organisationen und beantragte im Namen der Kommission eine Resolution, in der festgestellt wird, daß die in Bildung begriffenen technischen Organisationen des Völkerbundes ein solches Maß von Selbständigkeit und Beweglichkeit haben müßten, daß die Mitglieder des Völkerbundes ein praktisches Interesse daran hätten, die Organisationen zu wünschen. Nichtsdestoweniger müßten die Organisationen der Kontrolle der verantwortlichen Organe der Zentralleitung des Völkerbundes unterstellt sein.

In der Diskussion über den Bericht Hanotaux empfahl Nansen-Norwegen dem Völkerbunde, sich für die technischen Organisationen auch die Mitarbeit von Nichtmitgliedern des Völkerbundes zu sichern. Rowell-Canada übte scharfe Kritik an den vorgeschlagenen technischen Organisationen, deren Einrichtungen einen enormen Apparat und fortwährende Konferenzen bedingen und die Arbeit der besten Männer in Anspruch nehmen werde. Die Schaffung dieser gewaltigen Organisationen in Europa müsse den europäischen Mitgliedern des Völkerbundes schließlich ein Uebergewicht verschaffen, das den Interessen Amerikas nicht entsprechen würde. Nach seiner Ansicht sei die Völkerbundsversammlung gar nicht befugt, von sich aus diese Organisationen zu errichten, bevor nicht zwischen den Staaten darüber besondere Abkommen abgeschlossen seien.

Hanotaux als Berichterstatter der Kommission wandte sich darauf sehr erregt gegen Rowell. Canada hätte seine Opposition nicht jetzt, wo es sich um die Anwendungen der Bestimmungen des Paktes handle, sondern bei dessen Festsetzung vorbringen müssen. (Beifall.) Millen-Australien unterstützte die Ausführungen Rowells. Es sei festgestellt, daß die Kommission mit ihren Vorschlägen über den Geist des Paktes hinausgegangen sei.

Ador-Schweiz betonte, die Kritiker an den Vorschlägen der Kommission gingen offenbar von einem Irrtum aus. Die von der Kommission vorgeschlagenen Organisationen hätten nämlich rein konsultativen Charakter. Sie seien nicht nur für das soziale, wirtschaftliche und finanzielle Leben Europas wichtig, sondern dienten den Interessen der ganzen Welt. Darum appellierten sie an den Geist der Solidarität Amerikas. Der Völkerbund wolle keineswegs ohne Amerika vorgehen, sondern lege größten Wert auf die Mitarbeit der überseeischen Staaten. Auch Cecil appellierte an den Geist der Verständigung. Da Cunha-Brasilien trat für folgende Lösung ein: die in Frage stehende internationale Konferenz für Transitfragen usw. vorläufig abzuhalten und erst später die endgültigen Organisationen zu beschließen.

Präsident Hymans schloß dann die Sitzung mit der Aufforderung an die Kommission, sich bis morgen mit Rowell, Da Cunha und Cecil ins Einvernehmen zu setzen und der Versammlung einen allen genehmen Vorschlag vorzulegen.

*

Um die Aufnahme neuer Staaten

Die fünfte Kommission des Völkerbundes behandelte die Frage der Aufnahme Luxemburgs in den Völkerbund. Sie beschloß einstimmig, der Völkerbundsversammlung die Aufnahme Luxemburgs zu empfehlen.

Des weiteren behandelte die Kommission die Aufnahmegesuche der sogenannten baltischen Staaten. Zum finnländischen Aufnahmegesuch wurde ein Antrag Fisher-England angenommen, der besagt, daß durch Finnlands Aufnahme einer Regelung der Alandsfrage nicht vorgegriffen werden solle. Die Behandlung der Aufnahmegesuche der andern baltischen Staaten wurde einer Unterkommission überwiesen. Auch die Aufnahmegesuche Armeniens und Georgiens sollen von ihr geprüft werden.

Bezüglich Albaniens wurde beschlossen, seine Aufnahme vorläufig aufzuschieben.

*

Vor der Abstimmung in Wilna

× Genf, 9. Dezember. Der mit der Organisation der Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet betraute Oberst Chardigny meldete dem Völkerbundsrat, daß die polnische und die litauische Regierung sich bereit erklärt haben, über den Umfang des Abstimmungsgebietes in Verhandlungen einzutreten. Litauen wird sofort Unterhändler nach Warschau entsenden. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen umfaßt die internationale Truppe, die nach Wilna geht, bis jetzt 300 französische, 500 englische, 800 spanische, je 100 belgische, dänische, schwedische und 50 italienische Soldaten sowie einige Offiziere.

*

Der Danziger Freistaat

Nach einer Danziger Meldung wird sich heute der Senatspräsident Sahm nach Genf begeben, um vor dem Völkerbunde den Standpunkt des Danziger Senats in der Frage des militärischen Schutzes von Danzig zu erörtern. Wie ferner aus Danzig gemeldet wird, hat die Grenzkommission die Grenze des Freistaates festgesetzt. Danach fallen die Weichselbrücken bei Dirschau an Polen, dagegen die Nogatbrücke bei Marienburg an Deutschland.

Ein französischer Auftrag an Deutschland

Wie aus Essen gemeldet wird, ist Frankreich mit einer Bestellung von 20 000 Eisenbahnwagen an die Deutsche Waggonbaufabrik in Düsseldorf herangetreten. **Es handelt sich bei dieser Bestellung um Eisenbahnwagen von französischer Bauart.**

Vor der Brüsseler Konferenz

Die deutsche Friedensdelegation ist beauftragt worden, auf die Einladungsnote für Brüssel der französischen Regierung eine Note zu übergeben, in der mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung zur Zusammenkunft, die die Frage der von Deutschland nach dem Friedensvertrage von Versailles geschuldeten Reparationen vorbereitend prüfen soll, den Staatssekretär Bergmann und den Großindustriellen Karl Friedrich v. Siemens als Delegierte entsenden werde. Die deutsche Regierung gehe von der Voraussetzung aus, daß durch die Zusammenkunft in Brüssel an der in der Schlußsitzung von Spa vereinbarten Konferenz zur Prüfung der von Deutschland in der Reparationsfrage gemachten Vorschläge nichts geändert wird.

Als Berater der deutschen Delegierten bei der Beratung in Brüssel sind in Aussicht genommen: Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Voegler, Reichsbankpräsident Havenstein, Dr. Karl Melchior, Direktor v. Stauß, bayrischer Staatsrat v. Meinel, Geh. Oberregierungsrat v. Flotow, Prof. Bonn sowie ein Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

*

Unsre Zahlungen

G **Genf**, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" meldet, **daß für die Verhandlungen in Brüssel die alliierten Kabinette ihre Vorschläge dahin festlegen, daß die erste Zahlung Deutschlands in Höhe von 10 Milliarden Mark bis 1. Juli 1921, die nächste von weiteren 10 Milliarden Mark bis 1. Januar 1922 zu erfolgen hat.**

*

Die Leistungsfähigkeit Deutschlands

zg. **Berlin**, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Pariser „Temps" meldet, daß die interalliierte Kommission in Berlin dem alliierten Rat einen ausführlichen Bericht über die wirtschaftlichen Zustände und die Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches unterbreitete, dessen Inhalt als für die Wiedergutmachungsansprüche der Alliierten günstig anzusehen sei.

*

Die Kohlenverhandlungen

G **Genf**, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Das Pariser „Journal" meldet: Die für den 12. Dezember anberaumten neuen Kohlenverhandlungen mit Deutschland sind bis zur zweiten Januarwoche vertagt worden.

*

Die Goldmarkprämien

Amtlich wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Gegenwert der auf Grund des Kohlenabkommens von Spa der deutschen Regierung gezahlten Goldmarkprämien restlos den Bergarbeitern zugute kommt. Vor dem Kohlenabkommen von Spa sind durchschnittlich 35 Millionen, seit August dagegen monatlich durchschnittlich 124 Millionen zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter besonders aufgewandt worden.

Die Rigaer Verhandlungen

O. E. **Warschau**, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Dombski hat auf Verlangen der polnischen Regierung sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen und mit Joffe eine drei Stunden lange Unterredung gehabt. Wie aus Kreisen der polnischen Delegation verlautet, hat Joffe mit Bezugnahme auf die Note des Fürsten Sapieha erklärt, er sei auch seinerseits bereit, einen bestimmten Termin für den Abschluß der Friedensverhandlungen, und zwar noch vor Weihnachten, festzusetzen. Als Dombski, der ein entschiedener Gegner der Fristsetzung ist, eine bestimmte Antwort darauf erst nach Rücksprache mit seiner Regierung in Aussicht stellte, hob Joffe hervor, daß die Polen selbst den Gang der Verhandlungen verzögern. Im weiteren Verlauf der Unterhandlungen beantragte Joffe die Verlängerung der Kündigungsfrist für den Waffenstillstand bis auf 6 Wochen und führte aus, die Zustimmung Polens zu diesem Vorschlag der Sowjetregierung würde als bester Beweis für den polnischen Friedenswillen aufgefaßt werden. Auch schlug Joffe vor, schon jetzt Handelsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und Polen anzubahnen, und stellte der polnischen Industrie Konzessionen, vor allem in der Ukraine, in Aussicht. Die Kommissionsarbeit dauert indessen intensiv fort. Die meisten Schwierigkeiten bieten die Arbeiten der Finanzkommission. Die russischen Delegierten suchen den Umfang der im Vorfriedensvertrag vereinbarten Rückerstattung der aus Polen während des Krieges verschleppten Industrieanlagen möglichst einzuschränken. Jurkski ersuchte Joffe, der öfters an den Verhandlungen der Kommission persönlich teilnimmt, die Polen offen um Entgegenkommen in dieser Frage und berief sich auf die schwierige wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands und auf die teilweise Vernichtung der verschleppten Güter. Eine Verständigung hierüber ist noch nicht erzielt worden.

*

Die Rote Armee gegen Machno

O. E. **Kopenhagen**, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Ein Funkspruch aus Simferopol meldet, daß die Rote Armee den Kampf gegen den Ataman Machno, der einen hervorragenden Exponenten der ukrainischen aufständischen Bauernbewegung darstellt, energisch aufgenommen habe. Machno war Anfang Oktober auf die Seite der Roten Armee übergetreten. Er hatte dem Oberkommandierenden seine Dienste zur Verfügung gestellt und sich aller Anordnungen zu fügen versprochen. Der Funkspruch besagt, Machno habe sein Versprechen nicht gehalten, einen Teil der Befehle zur Zeit der Kämpfe gegen Wrangel nicht ausgeführt, wodurch einige Tausend Rotgardisten geopfert werden mußten. Die Anhänger Machnos hätten ihre Plünderungen fortgesetzt. Nunmehr sei der Befehl erteilt worden, mit Machno aufzuräumen. Die Liquidation gehe bereits ihrem Ende entgegen. Die Hauptkräfte Machnos seien entwaffnet, die Anführer verhaftet.

Buck wieder Ministerpräsident

Der erste Konflikt im Landtag

Die heutige Landtagssitzung, die zur Wahl des Ministerpräsidenten bestimmt war, begann mit dem Vorschlage des sozialdemokratischen Abg. Wirth, der an Stelle des durch seine Erkrankung noch verhinderten Parteiführers Sindermann für die Fraktion spricht, als Ministerpräsidenten den bisherigen Ministerpräsidenten Buck wiederzuwählen. Man kennt zur Genüge die Vorgänge, die diesem Vorschlag in den letzten Wochen vorausgegangen sind. Sie setzten ein mit einer Anfrage der Rechtssozialisten bei den Unabhängigen, die schon ein Mindestprogramm für ihre Mitbeteiligung an der Regierung aufgestellt hatten. Sie hatten also sehr starkes Interesse an der Schaffung der neuen Regierung, weil sie befürchteten, daß der sozialistische Einfluß ganz schwinden könnte. Die Unabhängigen bildeten auch die Verbindungsbrücke zu den Kommunisten, bei denen nachgeforscht wurde, ob sie nicht wenigstens wohlwollende Neutralität einer rein sozialistischen Regierung bewahren würden. Die Kommunisten versicherten dies, aber unter allerhand Einschränkungen, die unsern Lesern zur Genüge bekannt sind. Danach war an dem bolschewistischen Programm nichts gemildert.

Wie recht alle die Stimmen hatten, die vor einem Verhandeln mit den Kommunisten warnten, zeigte der Gang der heutigen Landtagssitzung.

In den Kreisen der Mehrheitssozialdemokraten war man sich ohne Zweifel von Beginn der Sitzung an klar darüber, daß von keiner der bürgerlichen Parteien eine Unterstützung eines Ministeriums Buck auch nur bedingungsweise für möglich gehalten wurde, wenn es sich einer Unterordnung unter kommunistische Forderungen füge. In diesem Sinne fielen auch die offiziellen Erklärungen der Führer der bürgerlichen Fraktionen aus. Die Sprecher der Deutschnationalen (Hoffmann) und der Deutschen Volkspartei (Blüher) bezeichneten übereinstimmend ein rein sozialistisches Ministerium als schärfste Mißachtung des Willens der Wählerschaft bei den letzten Landtagswahlen. Von demokratischer Seite (Dr. Seyfert) wurde hinzugefügt, daß die sozialistische Regierungsbildung allen demokratischen Grundsätzen widerspreche, zumal sie sich auf kommunistische Freundschaft stütze, die offen für den Sturz der Verfassung eintrete. Eine solche Regierung bedeute ein Unglück für unser Land.

Wie zu Recht dieser demokratische Hinweis erfolgt war, erhellt mit beinahe erschreckender Deutlichkeit aus der anschließenden Erklärung des Kommunisten Renner, der einfach erklärte,

die Kommunistische Fraktion werde trotz ihres Einzuges in die Volkskammer und trotz ihrer Neutralität bei der Regierungsbildung in schärfstem Gegensatz zur Verfassung bleiben. Sie trachte mit allen Mitteln danach, die Verfassung zu stürzen.

Daran knüpfte der Redner die hämische Bemerkung, die Kommunisten wollten durch ihre stille Duldung einer sozialistischen Regierung nur den Massen beweisen, daß auf diese Weise die Einführung des Sozialismus nicht möglich sei. Die Neutralität der Kommunisten solle also nur die Möglichkeit bieten, den Sozialismus in Verbindung mit der demokratischen Staatswirtschaft so stark zu diskreditieren, daß er sich unmöglich und lächerlich mache! Denn der wahre Sozialismus könne nur durch schärfsten Klassenkampf eingeführt werden, den die Kommunisten nach wie vor verfechten wollen. Dazu rechne man die gestrige Anlage des Terrors an die „parlamentarische Trödelbude".

Eine so unverblümte

Kampfansage an ein sozialistisches Ministerium,

das sich nicht völlig den Wünschen der Kommunisten fügen würde, machte natürlich selbst den geduldigsten Sozialisten das Paktieren mit den Linksradikalen zu einem höchst gewagten Spiel, bei dem man in acht Tagen oder noch schneller Haut und Haare verlieren kann.

Vielleicht war es sogar eine gewisse Schadenfreude über das mißglückte Manöver, als der sonst so zurückhaltende und kühl abwägende Kammerpräsident, der Mehrheitssozialist Fräßdorf, erklärte, man hätte diesen Erguß der Kommunisten über sich ergehen lassen müssen, um endlich Klarheit zu schaffen. Und Abg. Wirth fiel sofort ein und beantragte Vertagung der Sitzung um eine Stunde.

Man sieht aus alledem zunächst deutlich, wie leicht das parlamentarische System mißbraucht werden kann, wenn keine sichere Regierungsautorität vorhanden ist. Mit welchem Cynismus die Kommunisten arbeiten, das kann nicht Wunder nehmen, wenn man sich der Reden ihres Apostels Sinowjew erinnert, der vor kurzem den führenden deutschen Sozialisten aller Richtungen u. a. auch Crispien Zensuren erteilt hat, die von Beschimpfungen gröbster Art strotzen. Und diese Leute, die die Wehrlos- und Rechtlosmachung aller ihnen nicht Geneigten, die Abschlachtung aller Gegner für eine Tat der Befreiung, für eine sittliche Tat halten, nehmen auch alle Macht für sich in Anspruch!

Mit diesen Gefühlen trat man in die von den Kommunisten herbeigeführte Krisis am dritten Tag der Landtagssitzungen ein. Indessen kam doch die

Ueberraschung nach Wiederaufnahme der Sitzung.

Ministerpräsident Buck erklärte, daß er sich unter allen Bedingungen auch fernerhin an die Verfassung halten werde, die von der Volkskammer, und zwar von allen Parteien einstimmig angenommen sei. Einer entgegenlaufenden kommunistischen Forderung werde er sich nicht unterwerfen.

Durch Abg. Wirth schloß sich die sozialdemokratische Fraktion dieser Erklärung an. Die Unabhängigen ließen durch Abg. Müller erklären, daß ihre Vertreter in der Regierung sich keine Vorschriften würden machen lassen, am wenigsten von so weit gehender Art, wie die kommunistischen.

Darauf traten die Kommunisten den Rückzug an und betonten nur noch, daß sie dann gegen die Regierung stimmen würden, wenn diese der Fürsorge für die Arbeiter nicht gehörig nachkomme. Was darunter zu verstehen ist, weiß man aus dem Programm.

Kommunisten, Unabhängige und Sozialisten stimmten zusammen für Buck und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201210/1